

Von Rainer Wendt, Bundesvorsitzender

# Es geht um alles – nie war eine klare Politikwende so wichtig wie heute

Sehr schnell hatten Politik und Medien erkannt, dass die Menschen sich nicht länger täuschen lassen. So wurde aus dem „Sondervermögen“ rasch das „Finanzpaket“. Aber wer seine Sinne einigermaßen beisammen hat, weiß genau, dass es gigantische Schulden sind, die kommenden Generationen auf die Schultern gelegt werden.

Dabei bestreitet niemand, dass es dringend nötig ist, sowohl die Verteidigungsbereitschaft unseres Landes als auch seine öffentliche Infrastruktur zu stärken. Aber dass damit jetzt dieselben Politiker beauftragt werden, die für den maroden Zustand verantwortlich sind, lässt eher Angst und Unsicherheit aufkommen statt Zuversicht. Aber jetzt muss endlich klar sein: Das Geld muss für die starke Medizin des kollabierenden Staates ausgegeben werden. Verwöhn- und Streichelprogramme müssen bis nach der Rehapphase verschwinden. Jetzt muss das Geld für die Intensivbehandlung ausgegeben werden.

Und viele Menschen fragen schon, was denn aus den Billionen Euro vergangener Jahrzehnte geworden ist und wo die ständig steigenden Steuereinnahmen eigentlich geblieben sind. Neuerdings darf das demokratisch gewählte Parlament ja nicht einmal mehr danach fragen, wo Hunderte von Millionen Euro ausgegeben worden sind, etwa zur Finanzierung von „NGOs“. Übrigens: Wenn Steuereinnahmen eines Landes steigen, ist dies keine „Leistung der Politik“, sondern ein Indiz für die Anstrengungen der arbeitenden Bevölkerung.

War man sich beim Schuldenmachen noch einig, dauert es bei der Lösung der Probleme des Staates länger. Ist ja logisch, warum soll man sich um Lösungen kümmern, wenn man künftig wieder viel Geld mit beiden Händen ausgeben kann?

## Falsche Prioritäten

Dass die Länder gleich mitmachten, hat niemanden verwundert. Auch da ist jetzt wieder viel Raum für neue „Projekte“, „Beauftragte“ oder skurrile „Förderprogramme“ – Sicherheit, Bildung und Infrastruktur dürften nur einen Bruchteil davon zu sehen bekommen, wenn überhaupt. Dass die Länder knapp bei Kasse sind, liegt sicher nicht daran, dass sie in der Vergangenheit zu viel Geld für vernünftige Dinge, etwa einen funktionierenden öffentlichen Dienst, ausgegeben haben.



© Windmüller

**„Auf den Kanzler kommt es an“, lautete ein Wahlslogan der CDU in den 60er-Jahren. Das ist nicht falsch, aber es reicht nicht. In Berlin ist nahezu täglich zu sehen, wie zwar der Regierungschef gewechselt wurde, die alte Politik aber nach wie vor praktiziert wird.**

Rainer Wendt, DPoIG-Bundesvorsitzender

Wenn nach einem personellen Wechsel in Regierung und Parlament so weiter gewurschtelt wird wie bei der abgewählten Ampel, stärkt dies nur die politischen Ränder, das ist schon jetzt erkennbar.

Wer das nicht will, muss die Zeitenwende in der inneren Sicherheit, Migrationspolitik, Bildungsoffensive, den Erhalt unseres Wohlstandes, des Friedens und unserer Freiheit an die erste Stelle setzen. Sonst geht eins nach dem anderen verloren.